



**Jetzt mitmachen!
Ihre Unterschrift für den Nationalpark!**

BUND für zweiten NRW-Nationalpark

“Serengeti” in Ostwestfalen



Fotos: D. Jansen

Kampagne für zweiten NRW-Nationalpark - Gegner protestieren

Nationalpark Teutoburger Wald-Egge-Senne

Die geplante Ausweisung eines Nationalparks in Ostwestfalen steht auf der Kippe. Während die Naturschutzverbände eine große Kampagne für eine rasche Realisierung des Großschutzgebietes starteten, machen dessen Gegner mit Demonstrationen mobil. Waldbesitzer und Landwirtschaftsverbände schüren mit Parolen wie „Holz für die Bürger - nicht für die Würmer“ Ängste in der Bevölkerung.

Der Teutoburger Wald mit angrenzender Egge und Senne ist eine einmalige, großflächig unzersiedelte Landschaft mit einer herausragenden Bedeutung für den Naturschutz. In den Heiden, Heidemooren, Bruchwäldern und Eichen-Buchenwäldern leben mehr als 5.000 Tier- und Pflanzenarten. Ein Fünftel von ihnen steht auf der Roten Liste. Seit langem kämpfen deshalb die Naturschutzverbände für die Ausweisung dieser „Serengeti Ostwestfalens“ als Nationalpark.

des nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt. „Deutschland hat eine internationale Verpflichtung zur Erhaltung natürlicher Rotbuchenwälder“, sagt der stellvertretende BUND-Landesvorsitzende Bernd Meier-Lammering. Das Bundeskabinett hatte bereits 2007 beschlossen, bis 2020 fünf Prozent der Wälder einer naturnahen Entwicklung zu überlassen. Bislang sind aber gerade einmal ein Prozent der Wälder sich selbst überlassen. „Wenn die Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung kein Lippenbekenntnis bleiben soll, muss auch NRW mit einem Nationalpark Teutoburger Wald seinen Beitrag leisten“, fordert der Biologe Meier-Lammering.

Insbesondere Bundesumweltminister Norbert Röttgen spielte in der Diskussion eine unrühmliche Rolle. Das Wort Nationalpark kam im CDU-Wahlprogramm erst gar nicht vor. „Es ist erschütternd, wie schnell der CDU-Spitzenkandidat Röttgen, der ja auch Bundesumweltminister ist, in dieser Frage umgefallen ist“, erklärte der BUND-Landesvorsitzende Paul Kröfges. Beim ersten Gegenwind seiner CDU aus der Region sei Röttgen eingeknickt.

Ein Nationalpark wäre eine klassische Win-Win-Situation für Ostwestfalen. Nicht nur die Natur profitiert, auch für die Umweltbildung, einen sanften Tourismus und für das Image einer Region ergäben sich Vorteile. Insofern könnte ein Nationalpark zu einem Motor der Regionalentwicklung werden.

Der BUND hat deshalb zusammen mit den anderen Naturschutzverbänden eine große Kampagne für den Nationalpark gestartet. Mit Unterstützung der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen wurde eine gemeinsame Nationalpark-Koordinierungsstelle in OWL eingerichtet, die umfassend informiert, Exkursionen veranstaltet, Vorurteile widerlegt. Derzeit läuft unter www.nationalpark-ja-bitte.de eine breit angelegte Unterschriftenaktion für den Nationalpark. Die BUND-Landesdelegiertenversammlung hat sich am 22. April in einer einstimmig verabschiedeten Resolution für den Nationalpark ausgesprochen. Zuvor hatten sich die Delegierten im Rahmen einer Exkursion ein Bild der einzigartigen Naturlandschaft machen können. Für den BUND war das Thema ein zentraler Wahlprüfstein. Für Kurzsentschlossene: Am 20. Mai findet in Bad Lippspringe der „Tag der Parke“ mit einer Nationalparkinfomesse statt. (dj)

Bereits 1991 hatte der Landtag in einem einstimmig gefassten Beschluss für einen Nationalpark in der Senne votiert. Voraussetzung dafür ist die Beendigung der militärischen Nutzung. Das Vorhaben scheiterte aber bislang an regionalen Widerständen. Deshalb favorisieren der Kreis Lippe und die rot-grüne Landesregierung die vorherige Ausweisung eines Nationalparks Teutoburger Wald mitsamt der angrenzenden Egge. Dieser könnte dann nach Abzug der britischen Streitkräfte im Jahr 2020 um die Senne erweitert werden. Ein Nationalpark von fast 20.000 Hektar Fläche wäre das Ergebnis. Aber auch gegen dieses Stufenmodell macht ein Bündnis von Landwirten und Waldbesitzern, unterstützt von FDP und weiten Teilen der CDU, mobil.

Dabei wäre die Ausweisung eines Buchenwaldnationalparks ein wichtiger Baustein bei der Umsetzung



 Alle BUND-Infos zum Nationalpark in OWL unter www.bund-nrw.de/nationalpark_owl

Mitmachen

Ihre Unterschrift für den Nationalpark!

Die große Chance, jetzt einen Nationalpark in Ostwestfalen zu realisieren, darf nicht vertan werden. Mehr als 10.000 Menschen haben den gemeinsamen Appell der Naturschutzverbände für einen Nationalpark in OWL bereits unterstützt. Und auch Sie sind aufgerufen, im Internet Ihr Votum für den Nationalpark abzugeben. Mit dem Nationalpark

- schützen wir unser einzigartiges Naturerbe,
- erhalten Lebensräume für bedrohte Arten,
- stärken die Region und fördern den Tourismus.

Geben Sie uns Ihre Stimme für den Nationalpark!



Träger der „Rostigen Heckenschere“: Elmar Brok (2.v.r.) macht gute Miene zum bösen Spiel. Mit ihm freuen sich Bernd Meier-Lammering, Friedel Heuwinkel und Karsten Otte (v.l.n.r.). Foto: BUND

BUND Herford

Preise für CDU-Politiker

Anlässlich der Jahreshauptversammlung des BUND im Kreis Herford wurden völlig gegensätzlich Umweltpreise an zwei CDU-Politiker in Zusammenhang mit dem geplanten Nationalpark im Teutoburger Wald verliehen: Während Landrat Heuwinkel für seinen Einsatz pro Nationalpark die volle Zustimmung der Naturschützer erntete und dafür mit einer handgeschnitzten „Eule“ ausgezeichnet wurde, blieb für den CDU-Bezirksvorsitzenden Elmar Brok nur die „Rostige Heckenschere“ wegen seines Eintretens gegen einen Nationalpark in OWL.

Die BUND-Kreisgruppensprecher Bernd-Meier-Lammering und Karsten Otte überreichten den Negativ-Preis als Denkanstoß, nicht alles, was natürlich und „wild“ ist, damit zurückzuschneiden. Vielmehr solle der Preisträger darüber nachdenken, wie er seine Verantwortung für Natur und Schöpfung besser wahrnehmen könnte als bisher. (dj)

Programm für ökologisches Jagdgesetz

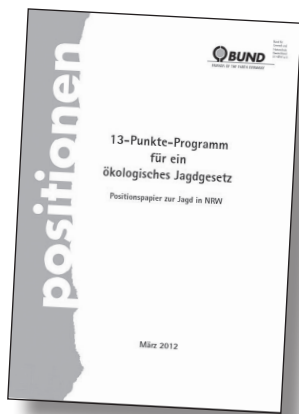
Jagd in der Kritik

Die Jagd ist seit eh und je umstritten. Während die Jäger für sich reklamieren, die wahren Naturschützer zu sein, stößt das „Waidwerk“ bei Ökologen und Tierschützern auf heftige Kritik. Als Beitrag zur sachlichen Aufarbeitung der Debatte hat der BUND NRW jetzt das „13-Punkte-Programm für ein ökologisches Jagdgesetz“ vorgelegt. Darin wird das Anforderungsprofil für die zukünftige Jagd in NRW festgelegt. Ein Ziel des Papiers wurde schon jetzt erreicht: die Diskussion ist in Gang gekommen. Von begeisterter Zustimmung bis übler Beschimpfung reichte die Spanne der Reaktionen.

„Wir fordern von einer neuen Landesregierung grundlegende Veränderungen bei der Novellierung des Landesjagdgesetzes“, sagt der BUND-Vorsitzende Paul Kröfges. Notwendig seien unter anderem Anpassungen an das Tierschutz- und Artenschutzrecht. Aber auch die Strukturen der Jagd seien dringend reformbedürftig.

Für Holger Sticht, den stellvertretenden BUND-Landesvorsitzenden, „gibt es leider noch immer zu viele schiesswütige Jäger, die unkontrolliert Natur und Landschaft gefährden.“ Dies belege der Abschuss des Westerwälder Wolfs. Im Kreis Neuwied, wenige Kilometer von NRW entfernt, hielt sich über Wochen ein Wolf auf, der schließlich Ende April von einem 71-jährigen Jäger erschossen wurde.


Der BUND fordert, die Selbstkontrolle der Jagd ausübenden einzuschränken und die Aufsicht über die Jagd auf Landschaftsbehörden und -beiräte zu verlagern. „Jagd ist heute in stark überwiegender Maße keine Nutzungsform mehr, sondern ist zu einem zweifelhaften Freizeitvergnügen verkommen“, kritisiert Sticht. So sind von den über 1,3 Millionen Tieren, die laut Jagdstrecke im Jagdjahr 2009/2010 durch Jäger getötet worden sind, nur rund 7 Prozent Paarhuferarten wie Reh und Wildschwein. Bei über



93 Prozent sei somit überhaupt keine Nutzung oder keine verträgliche Nutzung feststellbar. Hierzu gehörten u.a. über 11.000 Hauskatzen, 2.800 Möwen, 3.270 Bläßrallen oder auch 4.800 Tiere der auf der Roten Liste stehenden Waldschnepe. Die vom Aussterben bedrohten Luchs, Haselhuhn und Fischotter stehen immer noch auf der Liste der jagdbaren Arten.

Als Gründe für Bejagung werden von Jägerseite immer wieder die Bekämpfung von Tierseuchen und die Gefährdung von landwirtschaftlichen Nutzflächen angeführt. Wie das BUND-Papier aufzeigt, ist aber vielfach gerade die Jagd selbst die Ursache für Probleme. So belegt eine französische Langzeitstudie auf wissenschaftlicher Basis, dass es in bejagten Gebieten deutlich mehr Wildschweine gäbe als in nicht bejagten.

„Jäger zerstören durch wahllosen Abschuss die Sozialstruktur von Wildschweinverbänden und sorgen auf diese Weise, aber auch durch die zahllosen Fütterungen für eine Steigerung der Wildschweinbestände“, sagte der Naturschutzexperte Sticht. Tierseuchen wie die Schweinepest hätten ihre Ursache vor allem in den Lockfütterungen, an welchen Jäger illegal Fleischabfälle deponieren. Die Tollwut ist laut einer Veröffentlichung des Bundeslandwirtschaftsministeriums durch den Einsatz von Impfködern ausgerottet worden und nicht durch den Abschuss von jährlich über 50.000 Füchsen. Und um Schäden in der Landwirtschaft zu vermeiden hätten sich präventive Vergrämungsmaßnahmen wie Duftmischungen oder mobile Elektrozäune als deutlich effektiver erwiesen. (dj/hs)

 Das „13-Punkte-Programm für ein ökologisches Jagdgesetz“ und weitere Infos: www.bund-nrw.de/jagd

„Wildbestandsregulierung“ contra Natur Halali im Nationalpark

von Holger Sticht

Den „möglichst ungestörten Ablauf der Naturvorgänge in ihrer natürlichen Dynamik zu gewährleisten“, das sieht das Gesetz für Nationalparke vor. Doch in NRW nimmt man das alles nicht so genau. Wo Wald wachsen könnte, wird dieser durch Forstanlagen verhindert. Wo wilde Tiere naturnahe Bestände entwickeln, werden sie „reguliert“. So dominieren im Nationalpark Eifel auch im achten Jahr seines Bestehens Jagd und Forst über Naturerlebnis und Wald.

Die jüngste Idee ist ein Monitoring über die Bestände von Mufflon, Wildschwein, Reh und Rothirsch im Nationalpark Eifel und angrenzenden Flächen. Hier

bei soll wissenschaftlich ermittelt werden, wie die vier Paarhuferarten - in jägerlateinisch „Schalenwild“ - zukünftig „reguliert“ werden sollen. Eigentlich geht es zukünftig nur um drei, denn das Mufflon will man ausrotten. Es „gehört ja nicht hier hin“, lautet die Begründung. Dass ein Nationalpark heute nur einer des 21. Jahrhunderts sein kann soll und das Mufflon keinerlei negativen Einflüsse zeigt, wird durch dunkelgrüne Jagdhornbläser übertönt. Mehrere hunderttausend Euro will das Umweltministerium für das Monitoring und einen externen Gutachter ausgeben. Dabei ist das Ergebnis längst vorgezeichnet.

Landesbetrieb Wald und Holz bestimmt

Die Federführung hat, so wie überall im Nationalpark, der Landesbetrieb Wald und Holz. Und der hat nun mal seine Kompetenz im Forstökonomischen. Der Titel des Monitoring-Projekts verrät unverblümt, wohin es gehen soll: Wildtierregulierung statt -management. Die Nationalpark-Förster wollen deutlich mehr und intensiver schießen, um ihre Buchenplantagen zu schützen. Gleichzeitig will man Jäger, Landwirte und

Holger Sticht ist stellvertr. BUND-Landesvorsitzender und Sprecher des Landesarbeitskreises Naturschutz. Kontakt: holger.sticht@bund.net

Foto: M. Claushallmann



Grundeigentümer in der Nachbarschaft zum Nationalpark, die ständig wegen ihrer Angst vor Wildschäden aufbegehren, ruhig stellen. Die Vertreter der Jagd werden entsprechend intensiv in das Monitoring einbezogen. Dass es zahlreiche präventive und im Vergleich zur Jagd nachhaltigere Methoden der Schadensverhütung gibt, wird von vorne herein ausgeblendet.

Derzeit werden etwa 9.000 von 11.000 Hektar im Nationalpark bejagt. Daran will man nichts ändern. So wird wahrscheinlich auch in einem Monitoring feststellbar sein, dass die Verbissleistung der Paarhu-

fer in den beruhigten Bereichen signifikant höher ist als in den bejagten. Ein Phänomen, das wir überall aus Deutschland kennen. Die Tiere konzentrieren sich überdurchschnittlich lange dort, wo ihnen weniger Abschuss droht, und zeigen natürlich dort auch einen entsprechend stärkeren Einfluss. Wer daraus ein „Mehr“ an Jagd ableiten will, bekommt im Nationalpark die Steilvorlage dazu geliefert. Dabei böten ein Jagdmoratorium und ein begleitendes unabhängiges, von Naturwissenschaftlern und nicht von Nutzern geleitetes Monitoring die große Chance zu belegen, dass der Wald natürlich auch mit großen Pflanzenfressern gedeiht.

Keine natürliche Waldentwicklung


Die gesetzliche Vorgabe für Nationalparke und eine Grundvoraussetzung für Biodiversität und Naturerlebnis ist es, dass Tiere überhaupt einen Einfluss haben dürfen. Ohne Jagd haben sie eine viel geringere Fluchtdistanz und zeigen ein natürliches Verhalten. Auch Buchenwälder gab es bei uns nie ohne Rothirsche oder Rehe. Die vielfältigen Einflüsse gerade großer Pflanzenfresser sind entscheidend für die Vielfalt auch von Waldökosystemen. Dabei ist unerheblich, dass Luchs und Wolf noch nicht wiedereingewandert sind: die Populationsdichte von Paarhuferarten wird in erster Linie durch die Qualität ihrer Nahrung gesteuert, nicht durch ihre Beutegreifer.

Doch naturnahe Ökosysteme hat man offenbar nicht auf der Rechnung. Unter der Überschrift „Buchen-Nationalpark“ wird großflächig eine natürliche Waldentwicklung durch den „Voranbau“ mit Buche verhindert. Zahlreiche Sukzessionsstadien einer Waldentwicklung und mit ihnen die jeweils spezialisierten Artengemeinschaften werden durch die flächige Anlage von Forstökosystemen übersprungen.

Fehler nicht wiederholen

Begründet wird die Aufforstung mit der Absicht, auf diese Weise Borkenkäferinvasionen in Richtung benachbarte Privatforste unterbinden zu können. Tatsächlich wachsen aber die Vorwälder aus Pionierbaumarten wie der Sandbirke, die sich auf den abgerenteten Nadelforsten zuerst von allein entwickeln, viel schneller als die Buchensetzlinge, und bieten - kostenfrei - eine schnellere und ökologisch einwandfreie Prophylaxe. „Plantage statt Wald“ aber heißt die Devise der Nationalparkverwaltung, mit weit reichenden negativen Folgen.

Wir brauchen einen zweiten Nationalpark im Teutoburger Wald. Aber sein Erfolg wird auch davon abhängen, dass die entscheidenden Fehler, für die der erste Nationalpark Nordrhein-Westfalens auch nach acht Jahren immer noch steht, nicht wiederholt werden.

 Alle BUND-Infos zum Nationalpark Eifel unter www.bund-nrw.de/nationalpark_eifel

Intensivtierhaltung vor Gericht

Klage gegen „Eierfabrik“

Die Auseinandersetzung um die Ausweitung des Legehennenbetriebs der Ruhrtaler Frisch-Ei GmbH in Fröndenberg geht nun vor Gericht. Der BUND hat beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen Klage gegen den Kreis Unna eingereicht. Dieser hatte dem Antragsteller am 12. März 2012 eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur Erweiterung des Stalles um weitere 19.600 Tiere auf dann insgesamt 59.400 Legehennen erteilt. Der BUND hält die Genehmigung in mehrfacher Hinsicht für fehlerhaft und hat beantragt, diese aufzuheben.

„Zentrale Defizite sind vor allem die fehlende Umweltverträglichkeitsprüfung, viel zu hohe Stickstoffeinträge in das benachbarte Naturschutzgebiet und eine fehlerhafte Ausbreitungsberechnung in Bezug auf



Protest gegen die „Eierfabrik“ in Fröndenberg.

Fotos: D. Jansen, F. Weissenberg

Keime, Gerüche und Ammoniakemissionen“, sagte Frank Weissenberg, Sprecher der BUND-Gruppe Schwerte/Holzwickede/Fröndenberg. Der BUND begleitet die geplante Ausweitung der „Eierfabrik“ seit langer Zeit intensiv und legte bereits während des Planverfahrens in schriftlichen Einwendungen dar, dass das Vorhaben in der beantragten Form nicht genehmigungsfähig ist. Leider wurde die Kritik nicht berücksichtigt, so dass nur der Klageweg blieb.

Auch über den konkreten Fall hinaus sieht der BUND gravierenden politisch-rechtlichen Handlungsbedarf. „Gerichte können nicht politische Defizite ausbügeln“, konstatiert der BUND-Landeschef Paul Kröfges. „Wir rufen die Landesregierung auf, sich auf Bundes(rats)ebene umfassend für eine Stärkung der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Umweltverträglichkeitsprüfung in Planverfahren einzusetzen.“ (rb)



Auf den Spuren der Industriegesellschaft Gefahr durch PCB und Co.

Die Skandale um die Firma Envio und um PCB-belastete Eier weisen auf das Langzeit-Gefahrenpotenzial dieser Stoffe hin. Der BUND fordert daher eine bessere Überwachung, konsequente Sanierungen, ein umfassendes Monitoring und weitere Verbote.

PCB belasten Gewässer, Fische und Menschen

Polychlorierte Biphenyle (PCB) sind toxische Stoffe, die seit 1989 vollständig verboten sind. U.a. als Hydrauliköl und in Transformatoren eingesetzt, sollten sie im Bergbau die Brandgefahr verringern. Aus Maschinen, Leitungen und anderen Quellen gelangen sie in das aus den Bergwerken abgepumpte Wasser. Die PCBs finden sich so im Wasser und den Sedimenten von Ruhr, Lippe, Emscher und Rhein wieder und reichern sich über die Nahrungskette im Fettgewebe von Fischen an. Die internationale Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR) stellte 2011 offiziell fest: „Bei Aalen liegt entlang des Rheins und in vielen Rheinzufüssen eine nahezu flächendeckende Überschreitung des lebensmittelrechtlichen Summen-Höchstwertes für Dioxine, Furane und dioxinähnliches PCB vor.“ In den Nieder-



landen besteht schon seit einiger Zeit ein Verzehrverbot für Aale, hierzulande aber nicht, trotz gleicher Belastungen. Dann müsste nämlich ein Angelverbot ausgesprochen werden, da Tiere hier nicht „ohne vernünftigen Grund“ getötet werden dürfen. Dieser würde entfal-

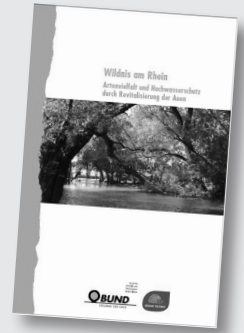
len, wenn man die Fische nicht mehr essen dürfte. Da das Angeln an sich wohl wichtiger ist, wurde dies durch effektive Lobbyarbeit verhindert, obwohl die Aalbestände zusätzlich durch Wasserkraftanlagen und fehlende Durchgängigkeit unserer Gewässer bedroht sind.

Monitoring deckte PFC-Einleitungen auf

Durch die Verseuchung landwirtschaftlichen Flächen im Einzugsgebiet der Ruhr wurden die perfluorierten Kohlenwasserstoffe (PFC) bekannt, zunächst unter der Abkürzung PFT. Auch diese Gruppe toxischer Stoffe ist schwer abbaubar, reichert sich im Körper von Mensch und Tier an und kann bei langfristiger Einwirkung Krebs verursachen.

Wildnis am Rhein

findet man nur noch selten. Fast alle Auen entlang des Flusses sind verloren gegangen und haben Dörfern und Städten, aber auch intensiv landwirtschaftlich genutzten Flächen Platz gemacht. Hochwasser haben in dieser Landschaft keinen Platz mehr und werden im begradigten Bett so schnell wie möglich abgeführt. Die BUND-Landesverbände am Rhein plädieren dafür, dem Fluss wieder mehr Platz für die Entwicklung neuer Auengebiete zu lassen, in denen sich Hochwasserwellen schadlos auslaufen können. Eine aktuelle Studie dazu finden Sie auf den Internetseiten des BUND NRW unter www.bund-nrw.de/au_e_statt_hochwasser. Außerdem können Sie bei uns eine reich bebilderte Broschüre mit einer Kurzfassung anfordern.



Als Folge der PFT-Giftmüllverklappung transportierte die Ruhr 2006 eine Fracht von ca. 0,15 Tonnen dieser Stoffe in den Rhein, was zu Recht kritisiert wurde. Auf Grund des politischen Drucks durch BUND und GRÜNE erfolgte ein systematisches Monitoring unserer Gewässer. Das ausführende Landesumweltamt stellte auf einer BUND-Tagung zu PFC im Jahr 2011 hierzu erschreckende Ergebnisse vor: Allein die Firma Bayer leitete jahrelang durch eine Kläranlage der Tochterfirma Currenta geschätzte 6 Tonnen dieser Stoffe pro Jahr in den Rhein. Mittlerweile konnte die Einleitung auf ca. 1 Tonne pro Jahr verringert werden. Es ist nicht nachvollziehbar, wie diese erhebliche Belastung jahrelang unbekannt bleiben konnte. Der BUND fordert Aufklärung und Transparenz über alle eingeleiteten Stoffe in einem entsprechenden Emissionskataster.

Feuerlöschmittel im Grundwasser

Zeitgleich wurden neue Fälle von weiträumigen Grundwasserbelastungen durch PFC-haltige Feuerlöschmittel bekannt. Brandkatastrophen und mangelnde Absicherung der Feuerlöschübungsplätze der Shell Raffinerie sowie der Kunststoffabrik Basell haben im Kölner Süden das Grundwasser großräumig verseucht. Auch Kiesgruben und Angelgewässer sind betroffen und bei Anglern, die diese Fische verzehrten, wurden überhöhte PFC-Werte im Blut nachgewiesen. Weitere Belastungsherde wurden zwischenzeitlich in der Umgebung des Köln/Bonner sowie des Düsseldorfer Flughafens entdeckt, es ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. Weitere unliebsame Überraschungen durch diese Problemstoffe sind vorprogrammiert.

Paul Kröfges

..... ist Landesvorsitzender des BUND.



Lebensretter mit Langzeitfolgen: PFC-haltige Löschschäume gefährden die Umwelt.

Foto: Brandweer Neder-Betuwe

Großflächige Waldvernichtung stoppen

BUND gegen Tagebau Hambach

Der BUND startet einen neuen Anlauf zum Stopp des Braunkohlentagebaus Hambach. In einer mehr als 100-seitigen Stellungnahme zu der geplanten Erweiterung des Tagebaus Hambach wies der BUND-Landesverband die grobe Rechtswidrigkeit des Vorhabens nach.

Die RWE Power AG hatte bei der Bezirksregierung einen Antrag auf Zulassung eines 3. Rahmenbetriebsplans zur Fortführung des Tagebaus Hambach von 2020 bis 2030 eingereicht. Dieser umfasst eine Fläche von 924 Hektar, darunter 226 ha wertvollster Waldflächen des Hambacher Forstes. 142 artenschutzrechtlich bedeutsame Tierarten, darunter 12 streng geschützte Fledermausarten, würden damit ihren Lebensraum verlieren. RWE Power legte deshalb auch einen Sonderbetriebsplan vor, mit dem eine Ausnahme von den europarechtlichen Vorgaben zum Schutz der Tierarten beantragt wird. Nach geltendem Recht ist eine solche Ausnahmeregelung nur für den seltenen Fall zulässig, dass ein überwiegendes öffentliches Interesse an dem Vorhaben nachgewiesen wird, keine Alternativen existieren und die betroffene Tierarten durch geeignete Ausgleichsmaßnahmen nicht in ihrem Bestand gefährdet werden.

Keines der Kriterien ist erfüllt. Der Tagebau schädigt das Allgemeinwohl und ist energiewirtschaftlich über-



Fotos: C. Robiller/naturlichter.de, D. Jansen

flüssig. Trotz umfassender Maßnahmen ist der Eingriff nicht ausgleichbar, die seltene Bechsteinfledermaus würde mit der Fortführung des Tagebaus und der weitgehenden Vernichtung ihres einst mehr als 4.500 Hektar großen Lebensraums des Hambacher Forstes vom Aussterben bedroht.

Im Endergebnis, so der BUND, müsse die Bergverwaltung die RWE Power-Anträge ablehnen. Gleichzeitig appellierten der BUND aber auch an die Landespolitiker, „den wohlfeilen Reden vom Klimaschutz und dem Erhalt der Artenvielfalt zukünftig auch durch entsprechendes Regierungshandeln nachzukommen“. Sollte dem BUND-Antrag auf Abweisung der Betriebspläne nicht zugestimmt werden, ist eine Klage gegen die Landesregierung sehr wahrscheinlich.



Die BUND-Stellungnahme zu den beantragten Betriebsplänen finden Sie unter www.bund-nrw.de/hambach

NRW hat gewählt

Am letzten Sonntag waren 13,2 Millionen Wahlberechtigte aufgerufen, ihre Stimme abzugeben. Zur Wahl stand die Fortsetzung des ökologisch-ökonomischen Reformprojekts aus 2010 oder der im Vorfeld angekündigte Roll-Back in vielen für den BUND wichtigen Politikfeldern.

Mit viel Vorschusslorbeeren - auch des BUND - war die rot-grüne Landesregierung 2010 in das Abenteuer Minderheitsregierung gestartet. Rot-Grün war angetreten, Nordrhein-Westfalen zum Vorreiter der „ökologisch-industriellen Revolution“ zu machen. Nach knapp zwei Jahren fiel das Fazit verhalten positiv aus: In vielen umweltpolitischen Themenfeldern war ein deutlicher Richtungswechsel festzustellen, wichtige Weichen für eine zukunftsfähige Struktur wurden gestellt, auch wenn es teilweise noch deutlich hakte. Häufig hätten wir uns mehr ökologische Konsequenz gewünscht.

Mit dem vom BUND mit initiierten Landesklimaschutzgesetz wurde ein zentrales Reformprojekt auf den Weg gebracht, allerdings nicht verabschiedet. Der neue Windenergieerlass bringt die Energiewende voran. Doch diese Meilensteine für eine neue Energiepo-

litik drohen durch das Festhalten von Teilen der SPD an dem Auslaufmodell Kohle zunichte gemacht zu werden. Auch in Sachen gentechnikfreie Landwirtschaft und Gewässerschutzpolitik wurde ein Kurzwechsel eingeleitet. Ob Flächenfraß, Waldpolitik oder Erhalt der Biodiversität - überall hatte die alte Landesregierung einen Paradigmenwechsel angekündigt.

Doch die Umsetzung der ökologisch-ökonomischen Erneuerung kam teilweise nur schleppend voran. Wichtige Vorhaben wie das Landesnaturschutzgesetz oder ein zukunftsweisender Landesentwicklungsplan stecken noch im Reform-Stau. Besonders deutlich wird das in der Verkehrspolitik: Ob Luftverkehr oder Autobahn-Bau, die Streitpunkte bleiben.

Was fehlt, das ist ein klares Bekenntnis der gesamten Landesregierung für eine neue Umwelt- und Wirtschaftspolitik. An die Neuwahl knüpft der BUND deshalb auch die Erwartung, dass Begonnenes zügig realisiert und Fehlentwicklungen korrigiert werden.

Jetzt, in den Koalitionsverhandlungen, wird der BUND konsequent das ökologisch Notwendige einfordern.

Dirk Jansen

... ist Geschäftsführer für Umwelt- und Naturschutzpolitik des BUND NRW



Bundesfreiwilligendienst beim BUND

„Intensive Erfahrungen“

Seit dem 1. August 2011 bietet die Landesgeschäftsstelle der BUNDjugend NRW in Soest neben dem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) auch die Möglichkeit, den Bundesfreiwilligendienst (BFD) zu leisten.

Dieser wurde als Ersatz für den ehemaligen Zivildienst für alle Interessierten ab 16 Jahren eingeführt. Derzeit verstärken zwei junge Menschen im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes die BUNDjugend NRW in Soest. Sie können hier bei ihrem umweltbezogenen Engagement organisatorische, kreative und pädagogische Fähigkeiten einbringen und ausbauen.

Zu ihren Aufgaben gehört neben dem Info-Service und Verwaltungstätigkeiten auch das Texten und Gestalten von Flyern. Dazu kommt die Organisation und Begleitung von Workshops, Treffen oder Naturerlebniswochen. Einen Tag in der Woche ist darüber hinaus praktische Arbeit auf einem bio-dynamischen Gärtnerhof möglich.

„Der Bundesfreiwilligendienst bedeutet für mich eine abwechslungsreiche Zeit, in der ich intensive Erfahrungen sammeln und viele verschiedene Arbeitsbereiche kennen lernen kann,“ fasst Alexander Huhnd, seit dem 01.12.2011 im Bundesfreiwilligendienst bei der BUNDjugend NRW aktiv, zusammen.

Aktuell läuft die Bewerbungsphase für einen Bundesfreiwilligendienst mit Beginn ab August 2012. Bis dahin stehen in den neuen Räumlichkeiten der BUNDjugend-Landesgeschäftsstelle auch zwei Dienstunterkünfte zur Verfügung.

 Mehr Infos: www.bundjugend-nrw.de, Tel. 02921-33640, info@bundjugend-nrw.de

BUND Lippstadt/Erwitte

„Biogas, Bauern und BUND“

... unter diesem Motto startete die BUND-Ortsgruppe Lippstadt/Erwitte (Kreis Soest) eine Informationsreihe zur regenerativen Energiegewinnung. Ziel der gut besuchten Auftaktveranstaltung war es, Bauern, UmweltschützerInnen und Betreiber von Biogasanlagen vor Ort miteinander ins Gespräch zu bringen, die Chancen und Grenzen der Biogaserzeugung auszuloten und wo

möglich gemeinsame Standpunkte aufzuzeigen.

Konsens bestand darüber, dass kleinere, in landwirtschaftliche Betriebe und Stoffkreisläufe eingebundene Anlagen eine wichtige Säule beim notwendigen Wandel hin zur vollständigen Versorgung mit regenerativen Energien darstellen. Agrarindustrielle Großanlagen wurden allseits abgelehnt. Doch Biogas ist nicht automatisch ‚bio‘: Lebhaft diskutierten die Teilnehmer vor allem die Auswirkungen auf Artenvielfalt und Landschaftsbild und die sich verschärfende Flächenkonkurrenz zur Lebens- und Futtermittelerzeugung. Große Sorge galt einer ‚Vermaisung‘ der Landschaft durch den Bau weiterer Biogasanlagen.

Die gute Resonanz bestärkt die BUND-Ortsgruppe darin, in weiteren Veranstaltungen einen konstruktiven Dialog zwischen Umweltschützern und Landwirten zu den vielfältigen Aspekten einer künftigen Energieerzeugung voranzubringen. (rb)

 BUND Lippstadt/Erwitte, info@bund-lippstadt.de, www.bund-lippstadt.de

+++ kurz und bund +++

► **Neue Gesichter im BUND-Landesvorstand:** Auf der Landesdelegiertenversammlung am 22. April in Bielefeld wurden mit Dr. Thomas Krämerkämper (im Bild rechts) und Götz Lederer zwei neue Beisitzer in den Landesvorstand



gewählt. Thomas Krämerkämper (45) kommt aus Castrop-Rauxel und vertritt den BUND seit Jahren u.a. in den Verfahren um die Kraftwerksprojekte Datteln und Lünen. Der Sprecher der Mettmanner Kreisgruppe Götz

Lederer (62) ist seit 25 Jahren im BUND aktiv und setzt sich insbesondere im Bereich des technischen Umweltschutzes und der Energiepolitik ein.

► **BUND-Jahresbericht 2011 erschienen:** Der BUND in NRW blickt auf ein erfolgreiches Jahr 2011 zurück. Durch den Einsatz der vielen ehrenamtlich Aktiven in Stadt und Land sowie den politisch gut aufgestellten und schlagkräftigen Landesverband konnte viel erreicht werden. Neben zahlreichen Projekten des Biotop- und Artenschutzes lagen die Arbeitsschwerpunkte 2011 beim Klimaschutz und einer ökologischen Landwirtschaft. Einen Überblick über die verschiedenen erfolgreichen BUND-Kampagnen bietet der jetzt erschienene BUND-Jahresbericht 2011. Download unter www.bund-nrw.de.

